



E R T R A U L I C H

B. Nr. 01/91 - RO/bm

Beijing, den 28. Januar 1991

### Innen- und aussenpolitische Situation Chinas anfangs 1991

Eineinhalb Jahre sind seit den Ereignissen auf dem Tian An Men Platz vergangen, die ersten Urteile gegen sogenannte Führer der Demokratiebewegung sind erst gerade ausgesprochen worden. Das innenpolitische und internationale Umfeld, in das sie heute fallen, hat sich seit Sommer 1989 deutlich verändert. Die aussenpolitischen Erfolge Chinas, im wesentlichen durch die Haltung des Landes im Sicherheitsrat bestimmt, sind durchaus sichtbar und wurden auch vermerkt, haben jedoch nicht zu einer Wiederherstellung des vor Juni 1989 herrschenden Vertrauensklimas geführt. Innenpolitisch hat sich die Lage dahin verändert, dass das dauernde Unterstreichen einer Linie der Stabilität gewisse Resultate gezeigt hat, auch wenn diese zum Teil auf einer stärkeren allgemeinen Ueberwachung basieren. Sowohl innen- wie aussenpolitisch kann jedoch die momentane Situation kaum befriedigen, mit weiteren Anstrengungen zur Verbesserung der allgemeinen Lage - wie immer diese von den betroffenen Kreisen auch verstanden wird - ist auch weiterhin zu rechnen.

#### Innenpolitische Lage

Auch die 7. Plenarsession des 13. Zentralkomitees, die nach etlichen Verzögerungen schliesslich in der letzten Woche des letzten Jahres noch zustande kam, hat wenig Aufklärung über die innerchinesischen Machtverhältnisse gebracht. Deutlich ist lediglich geworden, dass es der konservativen Seite in den letzten Monaten gelungen ist, weiter Terrain zu gewinnen. Offenbar ist dies mit einem gewissen Wechsel der Macht von den Ultrakonservativen hin zu einem pragmatischeren Flügel der konservativen Richtung verbunden, nachdem anfangs Herbst die innenpolitischen Unsicherheiten einen Höhepunkt erreicht hatten. Diese waren durch die wirtschaftlichen Probleme entstanden, die sich einerseits schon vor den Juniereignissen 1989 herausgebildet hatten und sich andererseits als Spätfolgen der westlichen Sanktionen auf die Ereignisse ab Frühsommer 1990 bemerkbar machten. Die Bedrohung der politischen Macht durch die wirtschaftlichen Verhältnisse hatte innerhalb der Konservativen eine pragmatisch veranlagte Gruppe von Politikern begünstigt, welche eine Lagebeherrschung mit einem aufgeschlosseneren Wirtschaftskurs zu verbinden sucht, jedoch weiterhin an den rein konservativen Machtmitteln der Ueberwachung und Kontrolle im politischen Bereich festhält.

Es stellt sich auf Grund dieser Einschätzung automatisch wieder die alte Frage, wie weit - und vor allem wie lange - ein relativ aufgeschlossener Wirtschaftskurs mit einer relativ zugeknöpften politischen Haltung vereinbar bleibt. Wohl sind die reformerischen Tendenzen auch in der Wirtschaft beschnitten worden, wie das sozialistische Vokabular deutlich zeigt. Wenn andererseits nach vorstalinistisch sowjetischer Wirtschaftstheorie argumentiert wird, Märkte seien ein allgemeingesellschaftliches Phänomen und wären nicht nur dem Kapitalismus eigen, so ist dies insofern richtig, als sie auch in China zum Teil funktionieren und die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben. Früher oder später dürften deshalb die Wirtschaftsfortschritte wiederum nach politischen Reformen rufen. Nach wie vor gilt, dass die Partei diesem Drängen nur soweit entgegenkommen kann, als die eigene Macht nicht gefährdet scheint.

Deutlich bleibt jedenfalls, dass im innenpolitischen Bereich unter der jetzigen Führungsschicht kaum Lockerungen zu erwarten sind. Die Ueberwachung der Universitäten beispielsweise ist nach dem Juni 1989 konsequent aufgebaut worden und mit Stolz erzählen die Professoren, wie fleissig die Studenten heute wieder seien (sic). Auch die Kontrolle der ausländischen Journalisten ist schärfer, Neuakkreditierungen werden kaum mehr gewährt. Wie die Prozesse gegen Teilnehmer an den Juniereignissen zeigen, geht der chinesische Staat dabei rein von innenpolitischen Gegebenheiten aus, die internationale Gemeinschaft oder ihre Stimmung wird kaum berücksichtigt. Hauptanliegen bei allen diesen Vorgehen ist ein Bemühen um interne Stabilität, die letztlich auch die herrschenden Machtverhältnisse innerhalb der Führungsschicht garantieren soll. Im Lande scheint somit allgemein wieder Ruhe eingekehrt zu sein.

### Chinas Aussenpolitik

Chinas aussenpolitische Ziele sind einerseits durch die internationalen Veränderungen der letzten zwei Jahre, andererseits durch das blutige Vorgehen auf dem Tian An Men stark in Mitleidenschaft gezogen worden. In der chinesischen Führung scheint man sich über die Konsequenzen, sowohl was die internationalen Veränderungen wie auch was die Folgen der Reaktionen auf die Juniereignisse angeht, nicht genügend Rechenschaft zu geben.

Offensichtlich hat man in der VR China die internationalen Reaktionen auf den Juni 1989 unterschätzt, vor allem was die längerfristigen Folgen angeht. Die Führung hat mit wesentlich schnellerem und konsequenterem Wiedereinschwenken der Industrienationen auf den früheren Kurs gerechnet und damit einen zweiten Einschätzungsfehler begangen, nachdem sie bereits durch das Ergreifen der Sanktionsmassnahmen der Mehrzahl dieser Staaten überrascht worden war. Erst durch die längerfristigen Folgen hat eine gewisse Erkenntnis der grundlegenden Problematik stattgefunden, wobei sich diese weniger auf die Gründe der westlichen Reaktion bezog - Interventionen aus Menschenrechtsgründen werden hier auch weiterhin abgelehnt - sondern vielmehr auf die Tatsachen, mit denen die aussenpolitisch tätigen Kräfte in der VR China in ihrem täglichen Umgang konfrontiert sind. Aus verständlichen Gründen versucht man deshalb mit allen Mitteln, wieder zu Bedingungen vor 1989 zurückzukehren. Dabei spielt zum Teil auch eine gute Portion Selbstvertrauen mit, dessen Kern im Glauben besteht, die Welt komme sowieso nicht um China herum.

Tatsächlich dürfte der Juni 1989 derart einschneidend gewesen sein, dass eine völlige Rückkehr zur Situation vor diesen Ereignissen nicht mehr stattfinden wird. Gerade die Entwicklungen im Jahre 1990 haben eine grundsätzlich neue Art der Einstufung Chinas durch den Westen gezeigt, die das Land einer gewissen Aura beraubt hat und damit eine objektivere Einschätzung begünstigt. Sowohl in der politischen wie auch in der wirtschaftlichen Einschätzung wird in Zukunft wohl nüchterner beurteilt werden - längerfristig vielleicht gerade deshalb eher zum Nutzen aller Betroffenen.

Andererseits haben auch die Veränderungen des internationalen Umfelds, der Abbau der Spannungen zwischen der UdSSR und den USA, das Scheitern des osteuropäischen Sozialismus, das Heranwachsen Japans zu einer regionalen Macht wie auch die Verschlechterung der Schuldnerposition der Dritten Welt in den letzten zehn Jahren, für die chinesische Aussenpolitik grundlegend andere Parameter geschaffen.

Noch stärker als bisher wird im aussenpolitischen Bestreben der VR China im asiatischen Umfeld der Sozialismus in den Vordergrund geschoben. Allein diese Ausrichtung hat letztes Jahr eine gewisse Veränderung der chinesischen Haltung gegenüber Südkorea gebracht. Während ein grosses chinesisches Interesse zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit diesem Land besteht und dies auch nicht verborgen worden war, ist die Haltung nach einem Besuch Kim Ilsungs in Nordchina im Herbst 1990 nun deutlich abwartender. Diese verstärkt auf sozialistisches Verständnis bauende Akzentsetzung erklärt auch teilweise den chinesischen Versuch einer grösseren Einflussnahme in Südostasien, die mit vorsichtig-positiven Schritten gegenüber Vietnam im Herbst letzten Jahres initiiert worden ist.

Gleichzeitig werden jedoch die Beziehungen zu den ehemals sozialistischen osteuropäischen Staaten in chinesischem Sinn "normalisiert", d.h. von einer früher bevorzugten Position der sozialistischen Brüderlichkeit auf eine unverbindliche Beziehung, basierend auf den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zurückgeführt.

Der für die VR China wichtigste aussenpolitische Faktor bleibt jedoch die bessere Verständigung der beiden Grossmächte und, im asiatischen Bereich, der unaufhaltsame Aufstieg Japans sowie die drohende Verständigung dieser Nation mit dem sowjetischen Nachbarn. Durch diese Entwicklungen ist es für China sehr viel schwieriger geworden, seine weltpolitischen Aspirationen zu dokumentieren. Beispielsweise muss die vorher auf Ablehnung "imperialistischer" Tendenzen der Grossmächte ausgerichtete Drittwelt politik neu abgestützt werden. Das Scheitern des osteuropäischen Sozialismus ist dem Vertrauen in diese Ideologie wenig förderlich gewesen. Die Verschlechterung der Verschuldungssituation in der Dritten Welt hat zudem selbst in sozialistischen Regimen den Wunsch zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation - schon allein aus machtpolitischen Gründen - akut werden lassen. Das Drittweltland China, mit eigenen innenpolitischen und wirtschaftlichen Problemen belastet, scheint kaum in der Lage zu sein, diesen neu entstandenen gordischen Knoten einer Führungsrolle in der Dritten Welt zu lösen.

Auch die Entwicklung der Golfsituation hat gezeigt, wie schwierig es selbst für ein permanent im Sicherheitsrat vertretenes Land wie die VR China wird, sich weltpolitisch in der multipolaren Umgebung noch manifestieren zu können. Chinas Lage wurde weiter durch das eigene Bestreben kompliziert, es sich mit keiner Seite verderben zu wollen, obwohl das Hauptziel chinesisches Handelns eindeutig auf die Wiedergewinnung verlorenen politischen Terrains bei den Industrienationen ausgerichtet blieb. Selbst in Beijing war man sich unter diesen Umständen der zu verfolgenden Linie kaum klar. Was schliesslich als Golfpolitik herauskam, war eine allen Wünschen mehr oder weniger gerecht werdende Haltung. Der einzig positive Punkt daran ist die Bewunderung, die diesem perfekt gelungenen, wenn auch deutlich opportunistische Züge tragenden Balanceakt gezollt werden muss. Selbst unter diesen Umständen wurde übrigens nicht vergessen, die Drittwelt politik ebenfalls zu berücksichtigen, hat der chinesische Aussenminister doch seine Afrikareise zu Beginn dieses Jahres selbst vor dem drohenden Kriegsausbruch nicht verschoben. Die Solidarität mit der Dritten Welt sollte offensichtlich der ersten und zweiten Welt demonstriert werden, die Zugehörigkeit zu denen, die das Sagen haben, war ja durch das Veto chinesischerseits im Sicherheitsrat genügend dokumentiert worden...

Zusammenfassend liesse sich sagen, dass die VR China 1990 sowohl national wie international mit neuen politischen Parametern zu kämpfen

hatte und sich wahrscheinlich langsam Rechenschaft zu geben beginnt, dass diese neuen Bedingungen wesentlich beständigerer Natur zu sein scheinen, als die Führung anfänglich angenommen hat. Dies trifft hauptsächlich auf die internationale Szene zu, die zwar die erneute Salonfähigkeit der VR China gestattete, aber kaum mehr zum fast vorbehaltlosen Goodwill der internationalen Gemeinschaft vor Juni 1989 zurückführen dürfte. Doch auch für die innenpolitischen Verhältnisse lässt sich Ähnliches sagen. Noch im September letzten Jahres schienen die konservativen Kräfte wegen ihrer Wirtschaftspolitik am Ende angelangt zu sein, gewisse Kreise sprachen bereits von einer Absetzung Li Pengs, die im Plenum im Dezember 1990 hätte bestätigt werden sollen. Nichts von dem ist geschehen. Wenn das Plenum Ende 1990 etwas gebracht hat, dann eine zurückhaltende Bestätigung, dass pragmatisch-konservative Kräfte die Macht relativ sicher in Händen zu halten scheinen. Man darf im Moment sogar zweifeln, ob ein plötzlicher Tod Deng Xiaopings am jetzigen innenpolitischen Zustand etwas ändern würde.

Der Schweizerische Geschäftsträger a.i.

H. J. Roth

H.J. Roth

